

Bundes- und Europapolitik

Infobrief

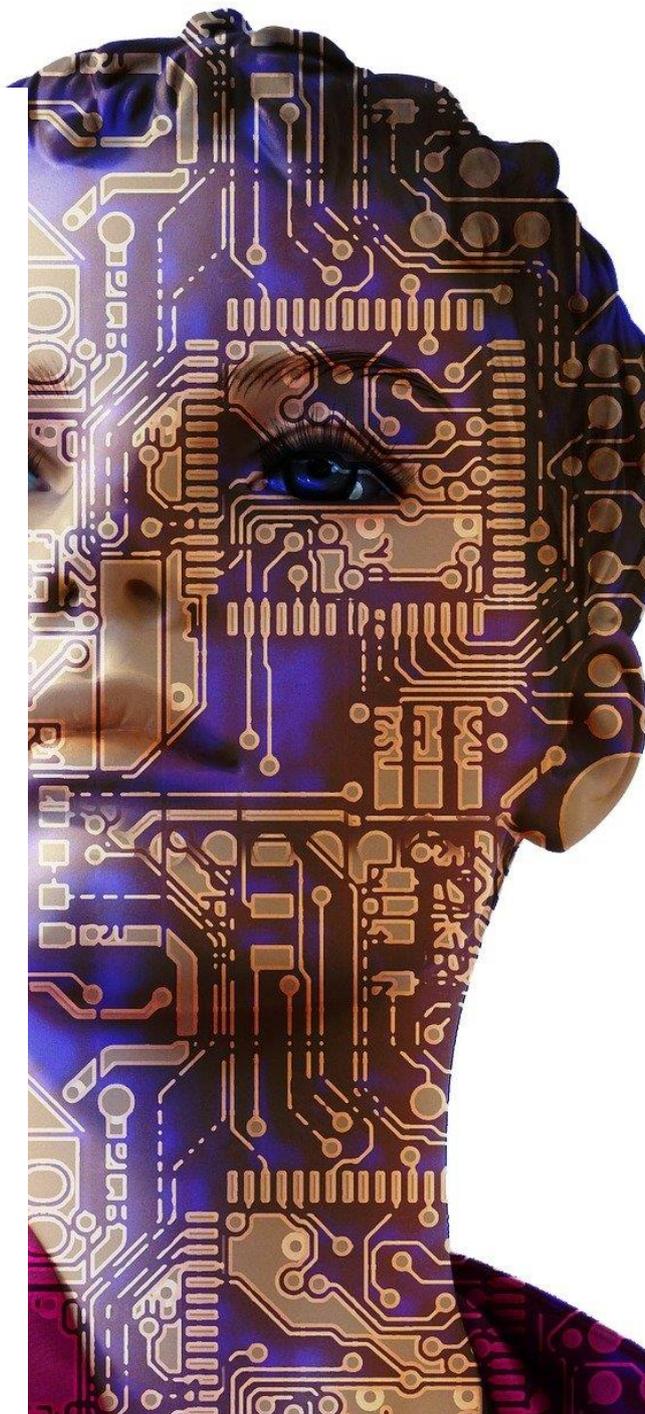
Es sind bewegte politische Zeiten auch jenseits der Krisenthemen Ukrainekrieg und Migration: Die sozialdemokratische Fraktion im Europaparlament wird von Korruptionsskandalen erschüttert, neue Entwicklungen rund um die Künstliche Intelligenz sorgen für verstärkte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, eine Aktienrente soll die Rentenlücke bekämpfen, eine Provinzposse aus Heilbronn erfährt bundesweite Medienresonanz und der Wahlkreis Bruchsal-Schwetzingen könnte der Verlierer der Wahlrechtsreform werden. Über als das und ein wenig mehr berichtet dieser Infobrief.

- 1) Der tiefe Fall der europäischen Sozialdemokratie
- 2) Was macht Künstliche Intelligenz (KI) aus unserem Leben?
- 3) *Diese Aufgaben hat das Europäische Parlament*
- 4) Aktienrente als Teil der Altersversorgung
- 5) Wie linke Identitätspolitik den Fasching aufmischte
- 6) Kampf um die Hoheit in den Redaktionsstuben
- 7) Macht ein kleinerer Bundestag Parlamentsarbeit effektiver?



NR. 16, 27. FEBRUAR 2023

Bernd Barutta, FW Landesvereinigung
Baden-Württemberg



Der tiefe Fall der europäischen Sozialdemokratie

Verhaftungswelle von MdEP / Korruptionsverdacht „schockt“ Brüssel

Mit der **Europaabgeordneten Eva Kaili** fing es an. Die **sozialdemokratische Vizepräsidentin** des Europaparlaments wurde am 10. Dezember 2022 verhaftet. Sie steht unter dem dringenden **Verdacht der Korruption**. Sie soll Gelder aus **Katar** und womöglich auch **Marokko** erhalten haben.



Marc Tarabella,
© European Union

Unter Verdacht gerieten weitere ehemalige und aktuelle Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament (S&D). Am 10. Februar 2023 wurden der italienische **Abgeordnete Andrea Cozzolino** sowie der belgische **Volkstreter Marc Tarabella** festgenommen. Bereits im Dezember 2022 kam es zusammen mit Eva Kaili zur Verhaftung des ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten **Pier Antonio Panzeri** (Italien). Auch die belgische **Sozialdemokratin Marie Arena** pflegte enge Beziehungen zu Katar, verschwieg aber ihre Reisen in das Emirat. Erst als die **Korruptionsaffäre** ruchbar wurde, machte sie eine **nachträgliche Meldung** und **trat vom Vorsitz** des Menschenrechtsausschusses **zurück**.

In **Brüssel** zeigen sich die Abgeordneten „geschockt“. Doch wie glaubwürdig ist eine solche Betroffenheit? Das EU-Parlament hat einen „Beirat zum Verhalten der Mitglieder“ eingesetzt. Doch das Gremium kann nur dann ermitteln, wenn die Parlamentspräsidentin es damit beauftragt. Und das hat die christdemokratische Parlamentschefin **Roberta Metsola (Malta)** in den vergangenen Jahren nur sehr spärlich getan. In der **ARD-Sendung „Europamagazin“** vom 12. Februar 2023 wird die Behauptung aufgestellt, dass es innerhalb des Parlaments unter den Abgeordneten nur wenig Interesse gibt, **Fehlverhalten von Parlamentariern** aufzuspüren und zu ahnden.

Auch wenn die **Sozialdemokraten** besonders **anfällig** zu sein scheinen und ein schwerwiegender Fall von Fehlverhalten vorliegt: Sie werden womöglich nicht die einzigen sein. Wir **FREIE WÄHLER** erwarten selbstverständlich, dass **unsere Vertreter** solchen Verlockungen von Gefälligkeiten bis hin zu plumper Bestechung **widerstehen**. Es gibt auch keine Hinweise darauf, dass sie sich in irgendeiner Form schuldhaft verhalten haben. Unabhängig davon, das **Ansehen** des Europäischen **Parlaments** hat massiv **gelitten** und indirekt ist das Ansehen aller Abgeordneten in Mitleidenschaft gezogen worden.

Quellen: <https://www.ardmediathek.de/video/europamagazin/europamagazin-vom-12-februar-2023/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlMmRlL2V1cm9wYW1hZ2F6aW4vMDViMjMzYTMtYWJkOS00YTRiLTkzYWltZTAyMDk0NDByJjgw>,

Was macht Künstliche Intelligenz (KI) aus unserem Leben?

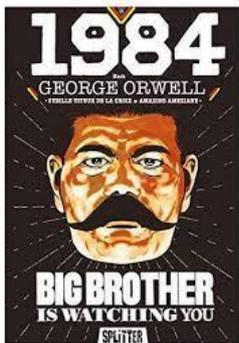
Die Antwort auf ChatGPT kommt aus HD und KA / Chancen und Risiken der KI

Im Mai 2021 produzierte der Präsident von Microsoft, **Brad Smith**, Schlagzeilen. In einem Interview beschrieb er ein **Horrorszenario**, in dem die Menschheit auf dem besten Wege sei, sich durch die Entwicklung Künstlicher Intelligenz (KI) in eine **totalitäre Welt** zu entwickeln, wie

sie **George Orwell** 1948 in seiner Dystopie¹ „1984“ beschrieb. Ein Staat, der seine Bürger in jedem Moment seines Lebens überwacht, jede seiner Worte und Handlungen kontrolliert und sogar seine Gefühle erkennen kann. „**Big Brother is watching you**“ ist die ständige Ermahnung an Orwells Titelhelden. Es gib **kein Entrinnen** aus seiner Welt. Der **perfekte Überwachungsstaat** ist keine ferne Zukunft mehr, zumindest in der Diktaturhochburg **China**. Aber auch auf europäischer Ebene läuft derzeit in einem Trilog zwischen Europäischen Rat, Parlament und Kommission eine Diskussion über die Zulassung von biometrischer Überwachung im öffentlichen Raum.

Während Smith die Gefahr der KI in den Fokus rückt, sieht der Gründer von „**Aleph-Alpha**“, **Jonas Andrulis**, eher die Vorteile von KI. Das Heidelberger Unternehmen ist die deutsche Antwort auf Microsofts „ChatGPT“, dem neuen Chatbot, also eines textbasierten Dialogsystems. Ebenso führend auf dem Gebiet der KI ist das **Karlsruher Institut für Technologie (KIT)**.

Für **Andrulis** habe sich der Mensch bisher immer dem Computer angepasst, also gelernt, Tastaturen zu bedienen und Eingabemasken zu füllen. Nun passe sich der Computer erstmals uns Menschen an, lässt er sich in der **Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ)** zitieren, versteht uns und beherrscht unsere Sprache. Computer können uns dank der KI auf eine **menschliche Art** unterstützen.



Ebenfalls in der RNZ weist **Redakteurin Ute Teuber** darauf hin, dass die KI den **Menschen** nicht nur helfen und unterstützen, sondern ihn am Ende auch **manipulieren** kann. Ganz im Sinne von „Big Brother“ in der Welt von George Orwell oder den „alternativen Fakten“ von **Kellyanne Conway** als Beraterin von Ex-US-Präsident **Donald Trump**.

Die Diskussion über **ChatGPT** hat in den vergangenen Wochen die Medienlandschaft überflutet. Beiträge in Printmedien, auf Social Media oder dem traditionellen Fernsehen befassten sich damit. Die erkennbare Themenvielfalt spiegelt die **Anwendungsvielfalt** von ChatGPT und den anderen Chatbots wider.

Die Antwort auf die Frage, ob eine KI Texte ebenso gut oder gar besser formulieren kann, wird mit **zunehmender Entwicklung** der Möglichkeiten mit „**Ja**“ beantwortet. Die Informatikerin **Katharina Zweig** erklärte noch in ihrem letzten Buch „Ein Algorithmus hat kein Taktgefühl“², was der Mensch alles besser kann als die Maschine. Doch auch für sie ist ChatGPT ein „Gamechanger“. Besonders augenfällig ist dies im Bildungs- und Universitätsalltag. Der

¹ Ein Buch über eine schreckliche Zukunft wird als Dystopie bezeichnet. Ein dystopischer Text ist demnach einer, der einen schlechten Ort beschreibt. Eine Dystopie ist das Gegenteil der Utopie, die auf eine gute, schöne und friedfertige Zukunft verweist.

² Katharina Zweig, „Ein Algorithmus hat kein Taktgefühl“, München 2019

Präsident der Karlsruhochschule behauptet, maschinell erzeugte Texte seien „qualitativ in den Sozialwissenschaften nicht unterscheidbar von der Arbeit Studierender.“

Redakteurin Lisa Becker geht in der **Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)** sogar noch einen Schritt weiter: ChatGPT sei nur ein Vorbote für Künstliche Intelligenz in der Schule. In nicht allzu ferner Zukunft würden KI-Programme einen **Teil des Unterrichts** übernehmen.

Auch die **Finanzbranche** diskutiert intensiv über ihre Zukunft und die Rolle von KI, insbesondere auf dem Gebiet **maschinell verwalteter Fonds**. Noch führen diese Produkte ein **Nischendasein** an den Finanzmärkten, doch glauben die Anbieter langfristig an eine Überlegenheit der KI.



Bild von Gerd Altmann auf Pixabay

Günter Jäger, Geschäftsführer der Liechtensteiner Plexus Investment, die Wissen über KI im Fondsmanagement verbreiten will, sieht die Finanzbranche vornehmlich als „ein informationsverarbeitendes Gewerbe“. Bei dieser Arbeit sei KI langfristig dem Menschen überlegen, da die Kapazitäten letzterer begrenzt seien.

Die Beispiele zeigen: Horrorszenarien und Heilsversprechen liegen in der Diskussion eng beisammen. Die Vereinigten Staaten und China geben den Ton in der internationalen Entwicklung an. Eine neue Herausforderung für die **Europäische Union** und insbesondere **Deutschland**.

Als **FREIE WÄHLER** sehen wir die Gefahren, die für die gesellschaftliche Freiheit durch Missbrauch der Möglichkeiten von KI bestehen. Gleichsam teilen wir aber auch die Auffassung des Heidelberger Unternehmers **Jonas Andrusis**, dass sich unser Land bewusst sein muss, dass KI Wirtschaft und Gesellschaft in einem immer größeren Ausmaße beeinflussen werden und wir dringend staatliche Förderung für die Stärkung des Innovations- und Technologiestandorts Deutschland benötigen. Google und Microsoft dürfen nicht ohne wettbewerbsstarke europäische und deutsche Konkurrenz bleiben, sonst droht den Demokratien Europas ein Kontrollverlust über ihr Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, statt mit KI die Vorteile für den Menschen in allen Lebensbereichen zu entwickeln. Europa ist gefordert, damit der positive Nutzen der KI die Oberhand behält.

Quellen: <https://www.bbc.com/news/technology-57122120>,
<https://www.facebook.com/watch/?v=4162561940473911>, <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/ki-fonds-maschinenkonkurrenz-fuer-fondsmanager-18584560.html>, <https://www.zeit.de/2022/52/kuenstliche-intelligenz-textgenerierung-chatgpt>, https://www.rnz.de/ratgeber/reise_artikel,-kuenstliche-intelligenz-auch-online-algorithmen-haben-vorurteile- arid,1059336.html, https://www.rnz.de/ratgeber/reise_artikel,-kuenstliche-intelligenz-auch-online-algorithmen-haben-vorurteile- arid,1059336.html,
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/digitec/chatgpt-kuenstliche-intelligenz-in-der-schule-birgt-grosse-gefahren-18677703.html>, <https://www.patrick-breyer.de/ki-gesetz-eu-regierungen-wollen-weg-fuer-biometrische-massenerueberwachung-im-oeffentlichen-raum-bereiten/>

Diese Aufgaben hat das Europäische Parlament

Eine Kurzbeschreibung der besonderen Art

Das Europäische Parlament ist die direkt gewählte Vertretung der Bürgerinnen und Bürger der EU. Es setzt sich aus Abgeordneten verschiedener nationaler Parteien zusammen, um den Interessen seiner Bürger nach bestmöglichem Gelingen in der Politik der Europäischen Union Rechnung zu tragen. Das Europäische Parlament übt demokratisch kontrollierte Legislative,



Bild von Leonardo auf Pixabay

Kontrolle und Mitwirkung in allen Bereichen der europäischen Politik aus – vom Umweltschutz bis hin zur Wirtschaftspolitik, von Menschenrechten bis hin zu Außenbeziehungen.

Es hat das Recht, Gesetzesvorschläge einzureichen und entsprechende

Initiativen zu ergreifen, es beratend an Entscheidungsprozessen teilnehmen oder sie sogar vorbereiten sowie letztlich auch Bestimmungen über Budgetfragen treffen. So kann das Europäische Parlament mithilfe seiner Stimme Einfluss auf eine Vielzahl von Themen nehmen: beispielsweise im Zuge von Verhandlungen mit Drittstaaten oder für die Erlangung weiterer Kompetenzstufen innerhalb der EU-Institutionen. Durch den Ausdruck des Willens des Volkes bildet es so einen wertvollen Motor für Europa als Gemeinschaft und unterstreicht seine Bedeutung als europaweite politische Kraft. Die Zahl der deutschen Abgeordneten, die im Europäischen Parlament vertreten sind, beträgt 96.

Der vorangestellte Text steht in engem Zusammenhang mit dem obigen Beitrag zur Künstlichen Intelligenz. Er wurde von „der magischen Feder“ von NEUROFLASH geschrieben, einem KI-Programm, das selbständig Texte nach Vorgabe von Stichworten erstellt. Sofern nicht fundiertes Wissen über die Funktionsweise des Europäischen Parlaments vorhanden ist, werden diverse kleinere Ungenauigkeiten bei der Beschreibung womöglich nicht erkannt. Die vorgegebenen Stichworte lauteten „Europäisches Parlament“, „Anzahl der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament“. Ein Beispiel. Nicht ganz korrekt, aber völlig kostenlos in wenigen Sekunden erstellt. <https://www.neuroflash.com/>

Aktienrente als Teil der Altersversorgung

Gute Idee – Umsetzung aus Sicht der FREIEN WÄHLER mangelhaft

Die **Aktienrente** (neu: Generationenkapital) soll laut Ampel-Koalition **Rentenkürzungen** verhindern, das **Renteneintrittsalter** nicht erhöhen und die **Rentenbeiträge** stabil halten. Oder anders ausgedrückt: „Die eierlegende Wollmilchsau für nur 10 Mrd. € pro Jahr – das ist reine Utopie“, so sieht es **Ulrich Bossler**, Vorsitzender unserer Bezirksvereinigung Südwürttemberg.

Laut Finanzminister **Christian Lindner** sollen 15 Jahre lang je 10 Mrd. € als Kapitalstock in das Generationenkapital eingelegt werden. Nur die **jährliche Rendite** des Fonds soll in die gesetzliche Rentenkasse fließen. Bei angenommenen **5 % jährlicher Rendite** bringt Erträge in Höhe von 7,5 Mrd. € - **ein Tropfen auf den heißen Stein**. Bisher schießt der Bundeshaushalt jährlich ca. 100 Mrd. € in die Rentenkasse zu.

Was bringen **da 7,5 Mrd. €**, wenn dafür zuerst mal **15 Jahre lang** jedes Jahr **10 Mrd. €** aufgewendet werden? Zusätzlich dann noch das Risiko von **Kursverlusten**! Das Vertrauen in staatliche Institutionen, einen Investmentfonds professionell mit einem soliden **Risiko-/ Ertragsverhältnis** managen zu können, dürfte außerdem äußerst gering sein.

Eine Aktienrente macht nur Sinn, wenn sie **personenbezogen** angespart und auch personenbezogen als Rentenzahlung aus Kapital und Ertrag geleistet wird. Nur so können wesentliche Anteile an der späteren Rente solide aufgebaut und erwirtschaftet werden. Der Staat muss hierzu **Anreize und Leitplanken** schaffen. Das Management von Risiko, Ertrag und Nachhaltigkeit muss er erfahrenen Fondsmanagern überlassen. Die Aktienrente muss das gesetzliche Rentensystem als **weitere Säule** ergänzen und **nicht nur Löcher** in der gesetzlichen Rente stopfen.



Es gibt genügend erfolgreiche Beispiele für **funktionierende Rentenmodelle** in Europa. Wir sollten den **Mut aufbringen**, uns an anderen Staaten wie z. B. **Österreich, Schweiz, Norwegen oder Schweden** zu orientieren. Da gebe es Einiges zum Lernen und zum Übernehmen.

Ein dauerhaft zukunftsicheres Rentensystem kann nur durch eine grundlegende und nachhaltige Reform erreicht werden. Dies erfordert eine **konkrete Strategie** und einen über Jahre (Jahrzehnte) **sanften und vertretbaren Umsetzungszeitraum**. Es erfordert politischen **Willen**, den seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland keine Bundesregierung gezeigt hat. Zukünftige Generationen brauchen wieder **Planungssicherheit und Vertrauen** in das Rentensystem. Daher muss das strategische Ziel einer langfristigen Sicherung der Rente jedes parteipolitische Kalkül übertrumpfen.

Folgende Themen müssen offen diskutiert und zu einem Gesamtpaket geschnürt werden:

- Erhöhung der gesetzlichen Rentenbeiträge durch Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze
- Zusammenführung der Rentenversicherung mit Versorgungswerken von Freiberuflern
- Eingliederung der Beamtenpensionsversorgung in die Rentenversicherung
- Gleichstellung von Berufspolitikern mit allen anderen Beitragszahlern und Leistungsempfängern
- Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge durch Ausbau von Anreizen
- Ausbau der privaten Altersvorsorge durch Förderung von Aktieninvestitionen (z. B. echte Aktienrente)

- Förderung von Immobilienerwerb zur Altersvorsorge (ersparte Mietausgaben im Alter)
- Flexibilisierung des Renteneintrittsalters mit individuellen Gestaltungsmöglichkeiten.

Wie linke Identitätspolitik den Fasching aufmischte

Heilbronner Bäcker sieht sich Rassismuskritik ausgesetzt und bleibt cool

Ein Lob dem Heilbronner **Bäcker Ralf Herrmann**. Traditionell bestückt er seine **Faschingskrapfen** mit figürlichen **Pappsteckern**. In diesem Jahr waren die Pappkameraden **der Antidiskriminierungsstelle** der Stadt ein Dorn im Auge. Sie bezeichnete die Anstecker als rassistisch. Vor allem die Darstellung einer schwarzen Frau, die freizügiger gekleidet war, wurde kritisiert und Bäcker Herrmann aufgefordert, „das Dekorationsmaterial **diskriminierungssensibel** abzuändern“. Ralf Herrmann knickte nicht ein und **wehrte sich gegen den Vorwurf von Rassismus**.



Beispielbild. Bild von ASSY auf Pixabay

Die *Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD)* sprang ebenso auf den Zug auf und forderte ein **sofortiges Ende** der umstrittenen Dekoration. Verbandssprecher **Tahir Della** behauptete, die Telefone würden heiß laufen, weil sich Menschen durch das Karnevalsgebäck erniedrigt fühlten.

Es ist inzwischen in unserer Gesellschaft zur Regel geworden, dass jede **Minderheit**, die sich an irgendeinem Punkt **vermeintlich verletzt** fühlt, von Rassismus und Diskriminierung spricht. Geht es gelegentlich auch eine Nummer kleiner? Auch die Antidiskriminierungsstelle in Heilbronn sollte nicht gleich auf Grund einer einzelnen Beschwerde die große Keule schwingen. Dadurch wird der Rassismus-Begriff eher entwertet. Bleibt zu hoffen, dass Bäcker Herrmann gelassen bleibt und viele seiner Krapfen an die Kundschaft bringt. Immerhin stärkten ihm viele Bürgerinnen und Bürger durch entsprechende Mails den Rücken.

Quellen: <https://www.swp.de/baden-wuerttemberg/rassistische-faschingskrapfen-in-heilbronn-shitstorm-nach-kritik-an-baecker-69205375.html>, https://www.rnz.de/region/sinsheim-kraichgau_artikel,-diskriminierung-streit-um-rassistische-berliner-bei-heilbronner-baecker-arid,1059294.html, https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/rassismus-vorwurf-gegen-baecker-dieses-gebaeck-soll-problematisch-sein-82912494.bild.html?dicbo=v2-x0v7vzj&cid=kooperation.article.outbrain.desktop.AR_2.bild

Der verlorene Kampf um die Hoheit in den Redaktionsstuben

Was tun gegen links-grüne Dominanz? / Kann denn Liebe Sünde sein?

Frischer Wind sollte in den montäglichen Talk „Hart aber fair“ einziehen. Als Nachfolger von **Frank Plasberg** präsentierte der WDR **Louis Klamroth**. Schnell kam heraus: Der **agile Jung-Journalist** ist seit langem mit **Klima-Lautsprecherin Luisa Neubauer** liiert. Eine journalistisch **hochbrisante Verbindung**, die Klamroth vor seiner Einstellung dem WDR nicht bekanntgab. Schnell versprach er, seine Liebe natürlich nicht als Gast in die Sendung einzuladen und ihr **keine Bühne** für ihre Sicht auf

die Welt zu geben. Doch das hinderte den Moderator nicht daran, andere Exponenten der vermeintlichen **Klimaschützer-Szene** als Talk-Gäste einzuladen.

Die Diskussion um Klamroth ist nur **ein Mosaikstein** in einem weitaus größeren Bild. Besonders im **öffentlich-rechtlichen Rundfunk** herrschen mehrheitlich links-grüne Journalisten. Folglich dominiert linke, grüne und insgesamt dem Zeitgeist folgende **Berichterstattung**. Doch nicht nur im staatlichen Rundfunk kann diese Tendenz festgestellt werden.

Diese Bewertung ist **kein subjektives Gefühl**, sondern konnte jetzt empirisch durch eine Analyse des **Forschungsinstituts Media Tenor** nachgewiesen werden. In einer Untersuchung wurden 18.805 Beiträge in den TV-Nachrichten „Heute“ und „Tagesschau“ (Anfang 2021 bis Ende 2022) analysiert. Ergebnis: Bei SPD und Grünen gab es mehr positive als negative Beiträge. Bei Union und FDP war es umgekehrt. Extremstes Beispiel: Die Berichte über Ex-NRW-Regierungschef und Kanzlerkandidat **Armin Laschet** und Rheinland-Pfalz-Regentin **Malu Dreyer**.



Jürgen Busche: „Die 68er: Biografie einer Generation“, 2003

Doch wie konnte es dazu kommen, dass konservativ-bürgerliche Einstellungen und Politiker so schlecht wegkommen? In **Folge der Studentenbewegung** machte sich die junge linksorientierte Generation auf den „langen Marsch durch die Institutionen“. Seit den 1990er Jahren bezeichnet der Ausdruck „Marsch durch die Institutionen“ die Annahme, dass diese von **Rudi Dutschke** skizzierte Form der Machtergreifung tatsächlich erfolgt sei. Jürgen Busche argumentiert, dass der „lange Marsch durch die Institutionen“ der 68er-Bewegung im Zentrum der Macht endete und 68er und ihre Nachfolger heute die **Schaltstellen des Staates**, der Wirtschaft und der Universitäten besetzen und dadurch eine gesamtgesellschaftliche Diskurshoheit errangen. Es sei eine **neue Politik in Parteien, Parlamente, Ministerien, Gerichte, Universitäten und natürlich nicht zuletzt in die Medien getragen worden**. Diese Strategie ging auf.

Das **bürgerlich-konservative Lager** hat die Plätze an den **Schaltstellen der Redaktionen** verloren und diesen Wandel – ehrlich gesagt – verschlafen. Kein Wunder also, dass wir als **FREIE WÄHLER** einen schweren Stand in der Medienlandschaft haben. Während Newcomer-Miniparteien wie vor allem die progressive und europäisch-föderalistische Volt gefeiert werden, erfahren **traditionelle Parteien** wie die **FREIEN WÄHLER** ein **publizistisches Mauerblümchendasein**. Ein Wandel vor allem beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist nicht in Sicht. Woher soll er kommen? Und so ist zu konstatieren, dass der **Kampf um die Hoheit in den Redaktionsstuben** derzeit verloren ist. Deshalb investieren die **FREIEN WÄHLER** in Baden-Württemberg in die Fortbildung der eigenen Mitglieder im Bereich der sozialen Medien. Die Partei führt regelmäßig Schulungen für Parteimitglieder und Interessierte durch, um sich in der Öffentlichkeit mehr Gehör zu verschaffen.

Quellen: https://www.t-online.de/unterhaltung/tv/id_100116540/luisa-neubauer-und-louis-klamroth-passt-klimaaktivismus-zu-journalismus-.html, <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/zoff-um-heute-und-tagesschau-so-parteiisch-berichten-die-ard-und-zdf-82862114.bild.html>

Macht ein kleinerer Bundestag Parlamentsarbeit effektiver?

Ist Größe entscheidend? / WK Bruchsal-Schwetzingen potenzieller Verlierer

Im **Deutschen Bundestag** sitzen derzeit **736 Abgeordnete**, die Regel sind **598**. Überhang- und Ausgleichsmandate sind für diese große Anzahl von Volkvertretern verantwortlich. Alle Parteien, einschließlich der **FREIEN WÄHLER**, sind sich einig, die Zahl der Mandatsträger muss verringert werden – und nach Möglichkeit auf die Zahl von 598. Ein Bestreben, dass beim Souverän gut ankommt. So werden **Steuergelder gespart** und vermeintlich die **Arbeitsfähigkeit** des Parlaments wieder sichergestellt. Ein Gesetzentwurf für ein neues Wahlrecht wurde von den Ampelparteien bereits ins Parlament eingebracht. Doch **berücksichtigt** diese Betrachtungsweise **alle Aspekte** der Arbeit und Rolle des Bundestages?

Die zusätzlichen Abgeordneten kosten den Steuerzahler mehr Geld. 2021 sollen die Gesamtkosten für alle Abgeordneten erstmals die Schallgrenze von **einer Milliarde Euro** im Jahr durchbrochen haben. Ist diese Summe für das Funktionieren der Demokratie zu hoch?

Der Bundestag hat **vielfältige Aufgaben**. Die **Mehrheitsfraktionen** stützen die Regierungsarbeit, die **Opposition** kontrolliert das Handeln und zeigt politische Alternativen auf. Doch um diese Aufgaben wahrnehmen zu können, braucht es ein **gut ausgestattetes Parlament**.

Auch die **Mehrheit** der **FREIEN WÄHLER** sieht die Vorteile einer Parlamentsverkleinerung und unterstützt diese. Doch bei der Diskussion über die Arbeitsfähigkeit des Bundestages allein die **Zahl der Abgeordneten im Fokus** zu haben, verdeckt eine andere Entwicklung: Die **Anzahl der Mitarbeiter** in den **Bundesministerien** nimmt seit Jahrzehnten kontinuierlich zu. Besonders heftig offensichtlich mit dem Amtsantritt **der Ampelkoalition 2021**: Nach Berechnungen des Steuerzahlerbundes sind in den Bundesministerien und im Kanzleramt knapp 2000 zusätzliche



© Deutscher Bundestag / Henning Schacht

Stellen von der jeweiligen Führung bewilligt worden. Die **gesamte Bundesverwaltung** ist seit dem Wahljahr 2021 um mehr als 10 000 Stellen auf über 300 000 Beschäftigte ausgebaut worden.

Das **Ressourcenverhältnis** zwischen **Regierungs- und Behördenapparat** auf der einen und dem **Parlament** auf der anderen Seite **verschiebt** sich dadurch zwangsläufig.

„Das ist dieses gegenseitige Sich-selbst-Befruchten: Der Staat muss dies, der Staat muss das“, meinte der **FDP-Politiker Otto Fricke** im April 2021, damals freilich noch in der Opposition. Auch er fürchtet eine **zunehmende Stärkung** des Regierungsapparats, die gleichzeitig eine **Schwächung der Legislative** bedeute. Vor allem die **Kontrollfunktion** des Parlaments leidet darunter enorm. Gehört es da nicht zur Waffengleichheit, wenn der legislative Teil der Gewaltenteilung mit **mehr Personal** als in der Vergangenheit arbeitet?

Oft kritisiert wird auch, dass **die interne Willensbildung** im Parlament durch die große Abgeordnetenzahl komplizierter werde. Womöglich wird es für die Fraktionsführungen schwieriger, die Abgeordneten auf eine einheitliche Position einzustimmen. Ein **Zusammenbruch der Funktionsfähigkeit** des Parlaments durch zu viele Abgeordnete konnte in den vergangenen Jahren jedoch **nicht festgestellt** werden. Der Verfassungsrechtsexperte **Bernd Grzeszick** gab zu bedenken, dass der Bundestag bisher gut funktioniere, und es ist nach seiner Ansicht nicht konkret erkennbar, weshalb dies selbst mit **800 Abgeordneten** grundlegend anders sein sollte. Auch sei der Kostenanteil am Bundeshaushalt im Vergleich „sehr klein“.

Ein anderes **Problem** ist erheblich **virulenter** und sollte **stärker beachtet werden**: Gerade in Zeiten der Pandemie wurden **Gesetzesvorhaben** durch das Parlament „gepeitscht“. Die Zeit drängte und so musste alles schnell gehen. Parlamentarier fühlten sich überrumpelt und nicht genügend eingebunden. Die Gefahr für das Parlament lauert hier nicht in der großen Zahl von Abgeordneten, sondern in der Tendenz, die Einflussnahme der Legislative zu schwächen, was auch über die Pandemie hinauswirkt.



Wie dem auch sei: Das **neue Wahlrecht** wird von der Ampelkoalition bis **Ostern 2023** verabschiedet und die Opposition wird wahrscheinlich **Organklage** beim Bundesverfassungsgericht einlegen. Streitpunkt ist das von den Regierungsfractionen eingeführte **Kappungsmodell**. Danach soll **nicht** jeder mit der Erststimme (zukünftig

Wahlkreisstimme genannt) gewählte Wahlkreisabgeordnete auch einen Sitz im Bundestag erhalten. Hat eine Partei mehr Wahlkreismandate gewonnen, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis (Die Zweitstimme heißt dann Hauptstimme) zustehen, bekommen die Wahlkreisgewinner mit dem schlechtesten Stimmenergebnis keinen Sitz im Bundestag. So werden **Überhang- und Ausgleichsmandate vermieden**, die in der Vergangenheit den Bundestag aufgebläht haben. Aus dem betroffenen Wahlkreis zieht dann kein direkt gewählter Abgeordneter in den Bundestag ein. Und wenn dann gleichzeitig kein Bewerber der politischen Konkurrenz über ein Listenmandat in den Bundestag gewählt wird, würde ein ganzer Wahlkreis **ohne Repräsentanz in Berlin** sein. Wäre das angedachte neue Wahlrecht schon bei der Bundestagswahl 2021 zur Anwendung gekommen, hätte es nach den Berechnungen der **Rhein-Neckar-Zeitung** auch Baden-Württemberg und den **Wahlkreis Bruchsal-Schwetzingen** getroffen.

Quellen: https://www.focus.de/finanzen/xxl-regierung-xxl-verwaltung-xxl-schulden-10-000-neue-beamte-ampel-blaeht-sich-zur-teuren-mega-regierung-auf_id_184176542.html, <https://www.nzz.ch/international/beamte-ministerien-behoerden-deutschland-ld.1611083>, <https://rnz-epaper.rnz.de/edition-rnz/reading>, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article210640785/Riesen-Bundestag-Kaum-arbeitsfaehig-aber-teuer.html>